

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie heißt es so schön im Volksmund: Den letzten beißen die Hunde. Ich bin, wenn ich das richtig sehe, wohl der letzte Redner. Es ist schon alles gesagt, nur noch nicht von mir. Deswegen will ich nur akzentuieren und mich im Übrigen an das halten, was Franz-Josef eben noch zu mir gesagt hat: In der Kürze liegt die Würze.

Nichtsdestotrotz gestattet mir drei, vier Anmerkungen aus der Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu aktuellen Themen.

Zuallererst möchte ich euch, liebe Delegierte, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Grüße des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Mitgliedsgewerkschaften überbringen. Wir wünschen euch erfolgreiche, kluge Beratungen. Ihr könnt sicher sein, dass das, was ihr beschließt, von uns auch sorgfältig ausgewertet und berücksichtigt wird. So gehört sich das auch in einer guten Familie: Da hat man größere Kinder und kleinere Kinder. Vor allem aber ist man eine Familie, die zusammensteht. So habe ich vorhin auch deine Anmerkung verstanden, Franz-Josef: Es steht jemand vor mir, hinter mir, neben mir. Franz Müntefering sagte in dem Zusammenhang: Du bist ja besser eingezingelt als ich. Ich sagte: Gott sei Dank.

(Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, gestattet mir noch ein persönliches Wort zur Gewerkschaft NGG: Ich bin jetzt seit sechseinhalb Jahren DGB-Vorsitzender. In dieser Zeit hatte ich oft Gelegenheit, nicht nur auf Gewerkschaftstagen oder auf Jubiläumsveranstaltungen bei euch zu reden, sondern auch mit dem einen oder anderen vor Ort zusammenzukommen: bei Betriebsbesuchen, bei Streikaktionen. Ich erinnere mich noch sehr genau an eine Streikversammlung draußen am Düsseldorfer Flughafen, bei Gate Gourmet. Ich erinnere mich an Besuche bei der Eichhorn-Brauerei. Und ich erinnere mich an Diskussionen bei Iglo über die Frage, wie Europäische Betriebsräte funktionieren.

Ich habe diese Kontakte zu euch immer ausgesprochen geschätzt. Ich habe gelernt und manchmal Schreckliches erlebt: Vor einem Jahr war ich mit einigen Kollegen in Nordwestdeutschland auf Schlachthöfen und Molkereien unterwegs. Ich habe dort erlebt, unter welchen Bedingungen teilweise ausländische Schlachterkolonnen von ihren Arbeitgebern gehalten werden. Das, muss ich sagen, hat sich bei mir tief eingebrannt, nicht nur in Bezug auf unsere Forderung nach einem Mindestlohn, sondern insgesamt in Bezug darauf, dass wir auch in Deutschland noch sehr viel zu tun haben, damit wir überall menschenwürdige Arbeit vorfinden. Dort habe ich das Gegenteil gesehen. Auch das gehört zu meinen Erfahrungen, die ich mit euch gemeinsam machen musste.

Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, bei den Haupt- wie den Ehrenamtlichen unter euch, die dagegen die Stimme erheben und dafür sorgen, dass diese Missstände beseitigt werden.

(Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, bei diesen Treffen hat man natürlich erlebt, was es heißt, Solidarität zu organisieren und – wie beim Beispiel Gate Gourmet - nach einer langen Wegstrecke zu gewinnen. Wir haben gemeinsam erlebt, dass es manchmal wirklich notwendig ist, sich zu wehren, im Großen wie im Kleinen. Es ist notwendig, aber auch möglich, gemeinsam zu gestalten. Ich habe erfahren, wie schwierig das sein kann, zum Beispiel bei der Tarifarbeit für die Klein- und Mittelbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern.

Deswegen sage ich euch auch: Bei allem, was wir derzeit an Organisationsreformen im DGB gemeinsam diskutieren und auf den Weg bringen, muss der DGB der Ort sein, der die Anstrengungen der Gewerkschaften bündelt und koordiniert und der Solidarität organisiert. Das ist die vornehmste Aufgabe des DGB. Dafür stehe ich, dafür stehen meine Kolleginnen und Kollegen. Ich bin mir sicher, auf dieser Basis – als politische Klammer der Gewerkschaften - hat der Dachverband DGB eine gute Zukunft. Ich bitte dafür um eure Unterstützung.

(Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, wenn ich zu aktuellen Themen etwas sagen soll bzw. darf, dann will ich etwas machen, was möglicherweise aus dem Rahmen fällt, weil es aktuell und zugleich überhaupt nicht aktuell ist. Es gibt Grundlagen der Gewerkschaftsarbeit, die wir stets und immer verteidigen müssen, und zwar überall. Die einen sagen dazu, das sind die grundlegenden Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte. Die anderen sagen, das ist die Luft, die wir atmen und mit der wir dann anständig pfeifen können. Ich meine Tarifautonomie und

Mitbestimmung. Wir müssen überall, wo versucht wird, Tarifautonomie kaputt zu machen, unsere Stimme erheben, uns wehren und kämpfen.

Das ist jetzt kein Thema, das mit der Bundestagswahl 2005 sozusagen untergegangen wäre, denn die Beschlüsse zu den sogenannten betrieblichen Bündnissen für Arbeit gibt es nach wie vor. Und macht euch nichts vor: Wenn es andere politische Möglichkeiten in diesem Land gäbe, würden diese anderen politischen Möglichkeiten auch versuchen, diese Beschlüsse zu realisieren. Das gilt übrigens auch für die Mitbestimmung.

Dass aktuell Tarifautonomie und Mitbestimmung nicht unumstritten sind und nicht gefahrlos dahinexistieren können, beweist die Europäische Union. Durch die Politik der Europäischen Kommission und die Urteile des Europäischen Gerichtshofs haben wir die Situation, dass die Tarifautonomie, dass unser Streikrecht, dass unsere erkämpften materiellen und strukturellen Kräfte dem Marktliberalismus in Europa geopfert werden sollen. Das fing an mit einem Urteil zu Viking, einer Fährlinie durch die Ostsee, wo den Gewerkschaften bestritten wurde, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Das ging weiter mit einem Urteil zu einem Bau eines Kindergartens in Schweden, wo man gesagt hat, dass das schwedische Tarifrecht durch das lettische Tarifrecht der dortigen lettischen Bauarbeiterfirma gebrochen wird. Das ging weiter mit einem Urteil gegen das niedersächsische Vergaberecht, das sogenannte Ruffert-Urteil, in dem der EuGH gesagt hat: „Dieses Tarifrecht gilt nicht. Es gelten nur die absoluten Mindestnormen.“ Das Ganze hatte seinen vorläufigen Höhepunkt in einem Urteil gegen luxemburgische Vorschriften zur Preis- und Lohnangleichung.

Und jetzt erwarten wir Urteile zu der Frage, ob die Gewerkschaften selbst bestimmen können, wer Betriebsrenten wie speist, und wir erwarten Urteile zur Arbeitszeit usw. Ich sage euch, Kolleginnen und Kollegen: Wir sollten das nicht auf die leichte Schulter nehmen; denn europäisches Recht wird dann normatives Recht und bricht deutsches Recht, letztendlich mit dem Ziel, die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte in Europa auf Null zurückzudrehen. Ich sage das nicht leichtfertig. In einem Kommentar der *Süddeutschen Zeitung* zu einem dieser Urteile stand: „Ganz offensichtlich wollen einige Konservative in Europa zurück hinter die Zeiten von 1789, den Werten der Französischen Revolution. Sie wollen wieder, dass die Marktwerte über den Menschenrechten stehen.“

Und ich sage: Wir werden nicht lockerlassen, bis klargestellt ist, dass die Menschenrechte und die Menschenwürde über den Marktgesetzen stehen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Deswegen müssen wir meines Erachtens europapolitisch zweierlei tun. Zum einen müssen wir dafür kämpfen, dass das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ überall in Europa gilt.

(Beifall)

Ich füge hinzu: Wir haben doch nicht gemeinsam gegen diese Bolkestein-Dienstleistungsrichtlinie gekämpft, um das Ding jetzt durch die Hintertür wieder einführen zu lassen. Das ist mit uns wirklich nicht zu machen. Das stößt auf unseren Widerstand, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Das Zweite: Wir wollen und wir brauchen ein soziales Europa, in dem die Grundrechte, die elementaren Menschenrechte vor den Wirtschaftsrechten und der Binnenmarktfreiheit gehen. Wenn der Lissabon-Vertrag nicht ausreicht, um dies zu garantieren, wenn er möglicherweise gar am Widerstand von Irland, möglicherweise vom deutschen Bundesverfassungsgericht, von Tschechien, Polen oder Schweden scheitert, dann muss unser Kampf weiter darum gehen, dass die Grund- und Menschenrechte in Europa der normative Ausgangspunkt für die Politik in Europa sind, egal, wie die Mehrheiten in den einzelnen Ländern aussehen. Das ist eine gemeinsame Aufgabe, für die wir - so glaube ich - wirklich gemeinsam streiten müssen.

(Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, ich füge hinzu - ich habe das eben schon angedeutet -: Tarifautonomie und Mitbestimmung sind ja auch in Deutschland kein Selbstläufer. Ich kann mich noch an meine Arbeit in der sogenannten Biedenkopf-Kommission erinnern, wo uns die Arbeitgeber gesagt haben: „Also wissen Sie, Herr Sommer, jetzt mal ganz ehrlich: Ein Exportartikel ist die Unternehmensmitbestimmung nicht.“

Mir hat hingegen einmal ein französischer Sozialist, der jetzt der Weltgeschäftsführer der Internationalen Handelsorganisation ist, Herr Lamy, gesagt: „Lasst euch nicht irremachen in punkto Mitbestimmung. Ihr in Deutschland seid mit eurer Unternehmensmitbestimmung die Einzigen, die ins Entscheidungszentrum des Kapitals weltweit vorgedrungen sind. Und das ist“ - sagte er mir - „nicht etwas, dessen man sich schämt, sondern worauf man stolz ist und was man in die Welt tragen will und muss“, gerade in Zeiten dieses Brutalkapitalismus, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Nicht weniger Mitbestimmung ist angesagt, sondern mehr Mitbestimmung ist angesagt.

(Beifall)

Ich füge hinzu: Wir haben jetzt den 20. Oktober 2008. Wir haben im nächsten Jahr diverse Wahlen vor uns: Europawahlen, die Bundestagswahl, Landtagswahlen, Kommunalwahlen. Ich glaube, nein, ich bin zutiefst davon überzeugt: Die Gewerkschaften sind gut beraten, gerade in den Wahlkämpfen ihre Kräfte zu bündeln, ihre Einigkeit zu demonstrieren, ihre Themen zu konzentrieren und vor allen Dingen die Anliegen der kleinen Leute, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in die Wahlkämpfe einzubringen, und zwar nicht im Sinne von Wahlempfehlungen, sondern von Anforderungen der Gewerkschaften und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an die Politik. Wir müssen denen sagen, was wir von denen wollen und erwarten - das ist unsere Aufgabe -, auch in Sachen Tarifautonomie und Mitbestimmung, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Das tun wir, parteipolitisch unabhängig, weltanschaulich neutral, aber nicht unpolitisch. Wir setzen unsere Themen, auch wenn sie dem einen oder anderen nicht gefallen. Ich kenne da jemanden aus einer blau-gelben Partei, der nicht so gerne an seine Sprüche von den Fröschen und vom Sumpf erinnert wird. Ich kenne auch jemanden in der CDU, der lange als wirtschaftspolitischer Sprecher agierte, der die Gewerkschaften diffamierte und der jetzt Bücher über den Kapitalismus schreibt. Meint ihr, die wären völlig von der Bildfläche verschwunden? Die brauchen Gegenwehr von uns, Kolleginnen und Kollegen, und zwar harte!

(Beifall)

Und ich kenne auch manche, die am liebsten bestimmte Themen totgeschwiegen haben wollen oder die die Vergangenheit bemängeln.

Ich habe mich einmal in einer stillen Stunde gefragt: Was macht unser Wesen eigentlich im Kern aus? Die Frage stellen sich viele von uns. Wir haben dann immer die Standardantworten: Wir sind die Interessenvertreter. - Das ist auch alles richtig, auch das, was wir alles in Oberjosbach und sonst wo lernen und lehren. Aber was die Menschen von uns erwarten, ist der kleine Fortschritt. Was sie von uns auf jeden Fall nicht erwarten, ist, dass wir dazu schweigen, wenn es den kleinen oder den großen Rückschritt gibt. Wir sind die Organisation des Fortschritts, sicherlich des kleinen Fortschritts, wenn es nützt, auch des Kompromisses. Aber wir sind die Organisation, die dafür sorgen will und sorgen muss, dass es den Menschen nicht nur nicht schlechter geht, sondern insgesamt besser geht. Das ist unsere Aufgabe, Kolleginnen und Kollegen, und an dieser Aufgabe messen sie uns auch.

(Beifall)

Damit bin ich sofort beim Thema Mindestlohn. Dazu ist heute schon viel Richtiges gesagt worden. Weil es so wichtig ist, weiß ich, dass ich mich jetzt wiederhole. Aber die Antwort der Gewerkschaften in Deutschland auf die Ausweitung des Niedriglohnsektors, auf die Schaffung von tariffreien Räumen, auf die Flucht aus den Arbeitgeberverbänden, aus der Unmöglichkeit, in bestimmten Bereichen zu organisieren, ist die Forderung nach dem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Ich bedanke mich bei allen, die mitgeholfen haben, diese Forderung nach vorne zu treiben, zu popularisieren. Ich sage euch, Kolleginnen und Kollegen: Auch der längste Marsch beginnt sicherlich mit kleinen Schritten. Manchmal ist man zwischendurch auch erschöpft. Aber wir müssen uns wechselseitig versprechen: Wir werden den Kampf fortsetzen, bis der allgemeine flächendeckende gesetzliche Mindestlohn im Bundesgesetzblatt der Bundesrepublik Deutschland steht. Das ist unser gemeinsames Ziel.

(Beifall)

Dass wir dabei nicht die Tarifautonomie außer acht lassen und dass wir immer dort, wo wir selbst gestalten können, auch selbst gestalten und selbst gestalten wollen, versteht sich von selbst. Aber angesichts der ökonomischen Entwicklung, insbesondere im Niedriglohnssektor, gibt es keine Alternative.

Ich füge hinzu: Es ist übrigens auch keine Alternative, den sogenannten Kombilohn zu fordern. Natürlich ist das eine Alternative. Ich halte sie nur für eine schlechte. Mit dieser Alternative würden Teile der Lohnzahlung auf den Staat und letztendlich auf den Steuerzahler überladen. Die Menschen müssten trotz ihrer Hände Arbeit oder ihrer Kopfarbeit zum Sozialamt gehen und um Unterstützung betteln, und die Arbeitgeber würden vom Teil ihrer Lohnzahlung schlicht entbunden. Abgesehen von diversen ordnungspolitischen Fragen, die heute schon angeklungen sind, halte ich das schlicht und ergreifend für ungerecht und unwürdig. Deswegen lehne ich das Konzept des Kombilohns ab. Was wir brauchen, sind existenzsichernde Löhne, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Dass wir den derzeit auf 7,50 € beziffern, ist bekannt. Das ist auch nicht nach unten verhandelbar. Aber nach oben muss er bald angeglichen werden, wenn das Bundesgesetzblatt nicht bald so schnell gefüllt wird wie mit Gesetzen zur Finanzkrise.

(Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, in diesen Tagen – Franz-Josef hat das angesprochen – ist viel wieder von informationeller Selbstbestimmung die Rede, und das ist auch gut so. Das ist nach einer langen Zeit der politischen Dürre wieder ins Bewusstsein gerückt – meines Erachtens noch nicht genug. Franz-Josef, ich gebe dir völlig recht: Natürlich habe ich und haben meine Kolleginnen und Kollegen im Aufsichtsrat der Telekom erlebt, wie es sich anfühlt, wenn einen der Vorstandsvorsitzende anruft und sagt: Herr Sommer, ich muss Ihnen leider mitteilen, dass wir Ihre Verbindungsdaten erhoben haben. Aber wir wissen auch nicht genau, warum und so. Wir haben nur ein offenes Leck gesucht. Wir haben das bei Ihnen nie vermutet. Warum Sie jetzt gerade auch und so - man weiß es nicht.

Ich habe in meinem Leben gelernt, mit so etwas umzugehen. Aber die Verkäuferin bei Lidl, bei Aldi, die Menschen in den Fabriken, die – auf welche Art auch immer – bespitzelt werden, fühlen sich – lasst es mich drastisch sagen – nackt ausgezogen und gedemütigt. Wir dürfen nicht zulassen, dass arbeitende Menschen in diesem Land gedemütigt werden. Deswegen muss mit dieser Praxis ein für allemal Schluss gemacht werden.

(Beifall)

Ich erwarte von allen demokratischen Parteien, dass sie noch in dieser Legislaturperiode mit dem Thema Arbeitnehmerdatenschutz ernst machen, wirklich ernst machen.

Lasst mich in diesem Zusammenhang aber noch ein Zweites sagen. Es gibt Skandale in diesem Land, die nicht aufgeklärt worden wären, wenn nicht der eine oder andere den Mut gehabt hätte zu sprechen, zu sprechen gegenüber seinem Chef oder seiner Chefin, zu sprechen gegenüber der Staatsanwaltschaft, zu sprechen gegenüber der Polizei oder auch zu sprechen über die Medien. Kolleginnen und Kollegen, ihr kommt, zumindest teilweise, aus Branchen, wo ihr wisst, worüber ich rede. Franz-Josef hat das in seiner Eröffnungsrede angesprochen.

Ich sage für den Deutschen Gewerkschaftsbund ausdrücklich: Wir verteidigen das Recht derjenigen, die als die kleinen Helden des Alltags die Zivilcourage aufbringen, mit ihrem Gewissen eben nicht Jojo zu spielen, sondern ihrem Gewissen zu folgen und Missstände anzuprangern. Diese Menschen haben nicht Anklage, sondern Schutz verdient, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Lasst mich noch einige Punkte ansprechen, die auch im Verlauf der heutigen Veranstaltung sicherlich eine Rolle spielten. Man kann und muss auf Gewerkschaftstagen sicherlich zu allem Möglichen sprechen. Ihr habt in den nächsten Tagen ja Gelegenheit, zu diskutieren und Beschlüsse zu fassen. Deswegen seien mir die folgenden Anmerkungen gestattet. Das eine ist zum Thema Leiharbeit. Ja, wir brauchen eine Eingrenzung des Missbrauchs der Leiharbeit. Wir brauchen die Durchsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ möglichst vom ersten Tag an, auch um dafür zu sorgen, dass nicht Tarifdumping betrieben wird, dass die Kolleginnen und

Kollegen Leiharbeiter nicht zum Unterlaufen von Mitbestimmungsrechten missbraucht werden, dass sie nicht missbraucht werden, um Kernbelegschaften auszuhebeln, und dass sie auch nicht als billige Reservearmee auf dem Arbeitsmarkt missbraucht werden. Deswegen werden wir unsere Kampagnen für eine anständige Regulierung der Leiharbeit fortsetzen.

(Beifall)

Zweiter Punkt. Manchmal wächst ja aus der Ablehnung auch etwas Positives. Als ich heute Franz Müntefering hörte, wie er seine eigenen Beschlüsse auf dem Hamburger Parteitag zum Thema „flexibler Altersübergang“ zitierte, hatte ich schon den Eindruck, dass die Proteste gegen die Rente mit 67 und die damit verbundenen Rentenkürzungen auch an ihm nicht so ganz spurlos vorübergegangen sind. Es gilt nachzusetzen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Dritte Anmerkung. Wir hatten heute Morgen einen großen Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Bildungssystem in Deutschland. Verständlicherweise konntet ihr wegen der Vorbereitung eures Kongresses daran nicht teilnehmen. Ich bin jetzt auch nicht angetreten, euch die Ergebnisse hier zu verkünden. Das wäre auch vermessen.

Aber wir wollten zwei Tage vor dem Bildungsgipfel deutlich machen, dass wir bildungspolitisch drei Maßnahmen erwarten.

Erster Punkt: Wer das Bildungsprivileg der Herrschenden wirklich brechen will, der muss mehr Geld ins System geben. Da reicht es nicht aus, mal hier und mal dort zu feilschen und eine schöne Sonntagsrede zu halten und sich mit einem Schulkind mit Blumen in der Hand fotografieren zu lassen. Das ist schlicht und ergreifend eine Frage des Geldes. Wenn wir endlich den OECD-Maßstab erreichen würden, dann wäre in Deutschland vieles besser.

Zweiter Punkt: Wir brauchen keine Privatisierung des Bildungswesens. Im Gegenteil: Wir brauchen eine Stärkung des öffentlichen Bildungssystems, finanziell, organisatorisch und mental.

(Beifall)

An dieser Stelle will ich aus meinem Herzen auch wirklich keine Mördergrube machen. Es widert mich an, dass es mittlerweile zur Normalität geworden ist, dass sich die Kinder der Eliten dieses Landes mittlerweile, von ihren Eltern begünstigt, aus dem öffentlichen Bildungssystem verabschiedet haben, von privaten Kitas über private Schulen bis zu privaten Eliteuniversitäten, die dann zum Schluss den Shareholder-Value-Kapitalismus in Theorie und Praxis propagieren. Damit muss auch mental in diesem Land Schluss gemacht werden, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Meine dritte Botschaft an die Herren Ministerpräsidenten und die Frau Bundeskanzlerin zum Bildungsgipfel am Mittwoch in Dresden ist die folgende: Wenn Sie es wirklich ernst meinen mit der Bildungsrepublik Deutschland, dann machen Sie mit dem Irrsinn der Föderalismusreform Schluss und machen Sie viele Ihrer Beschlüsse rückgängig. Wir brauchen keine Zwergstaaterei, wir brauchen eine Konzentration auf gemeinsame Bildungsaufgaben in diesem Land.

(Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, es wäre wohl auch mit Blick auf die Zeit jetzt fatal, zu weiteren Themen Stellung nehmen zu wollen. Ihr habt sicherlich auch das Bedürfnis, miteinander zu reden. Ich habe auch zu lange unten gesessen, um nicht zu wissen, dass man irgendwann auch mal gerne miteinander redet und nicht mehr zuhört. Aber gestattet mir noch ein Wort zur internationalen Finanzkrise, genauer gesagt sind es fünf.

Der erste Punkt ist: Was wir derzeit erleben, ist nicht mehr und nicht weniger als die Bankrotterklärung des internationalen Finanzsystems, des Shareholder-Value-Kapitalismus und des Casino-Kapitalismus. Es ist nicht mehr und nicht weniger. Und es ist auch das moralische Ende dieser Form von Brutalkapitalismus, die uns in den letzten zehn bis 15 Jahren immer wieder gepredigt wurde in Form von Deregulierung, Privatisierung und Entstaatlichung, als man uns sagte: „Wir müssen dabei sein, sonst gehen wir unter.“ Ich kenne viele

Politikerinnen und Politiker, die alles besser gewusst haben und die heute lautstark nach Regulierung rufen, obwohl sie noch vor vier Wochen zu mir gesagt haben: „Ihr mit eurer ewigen Staatsgläubigkeit, hört doch endlich auf. Der freie Markt wird es schon richten.“ Der freie Markt richtet es eben nicht, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Da geht es auch gar nicht um Rechthaberei oder Ähnliches, sondern das ist zunächst nur eine nüchterne Feststellung. Weil hier heute Karl Marx verschenkt wird, will ich nur eine kleine Episode aus meinem jüngeren Leben erzählen. Bei einem Interview vor einer Woche wurde ich gefragt: „Sagen Sie mal, Herr Sommer, welches Marx-Zitat fällt Ihnen denn zur internationalen Finanzkrise ein?“ Ich habe darauf geantwortet: „Keines.“ Mir fällt nur ein, dass ich mich in den frühen Jugendjahren, in den frühen Studentenjahren mit Theorien des staatsmonopolistischen Kapitalismus beschäftigt hatte, allerdings nie daran geglaubt hätte, dass ein amerikanischer Präsident diese zur Wirklichkeit werden lässt.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber jetzt mal abseits einige lustige Bemerkungen; dazu will ich fünf Punkte sagen. Die deutschen Gewerkschaften haben in den vergangenen Tagen nicht unkritisch, aber im Ergebnis doch die Bundesregierung bei ihren stützenden Maßnahmen unterstützt. Ich glaube, das war richtig so; denn da ging und geht es nicht darum, die Banker und die Banken zu schützen, sondern es geht darum, das Finanzsystem in Deutschland so zu strukturieren, dass es seiner Funktion für die Wirtschaft nachkommen kann, insbesondere auch die mittelständische Wirtschaft. In der Situation mussten und sollten wir auch gemeinsame Verantwortung tragen; dazu stehe ich.

Allerdings sage ich auch hier das, was ich heute Mittag in einem sogenannten Unterrichtsgespräch – ich hatte heute Morgen bis zum Mittag eine offizielle Unterrichtung durch den Kanzleramtsminister – gesagt habe. Ich habe nämlich gesagt: „Die Gewerkschaften werden darauf achten, dass jetzt nicht so getan wird, als ob wir mal eine schnelle Notrettung machen und dann wird darüber Gras wachsen und wir machen dann weiter wie bislang. Das wird es mit uns nicht geben.“

(Beifall)

Dazu gehört das Prinzip, dass jede Leistung des Staates einer Gegenleistung bedarf und dass wir darüber hinaus aus der Phase der Intensivstation jetzt in die nächsten Phasen übergehen. Wenn wir davon ausgehen, dass die Operation gelungen ist, was niemand von uns genau weiß – aber gehen wir mal davon aus, die Operation ist gelungen –, dann kommt der Patient jetzt von der Intensivstation und nun fängt die Reha-Maßnahme an. Rehabilitieren kann man sich in solchen Fällen nur dann, wenn man kräftig an sich übt, wenn man mit dem Unsinn der Vergangenheit Schluss macht, wenn man sich vernünftig ernährt und nicht zu gierig wird und wenn man nicht weiter mit Streichhölzern spielt, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall)

Die Gesundheitspolitiker unter uns wissen, um im Bild zu bleiben, dass nach der Intensivstation und nach der Reha der normale Heilungsprozess erfolgt, dass sich eine gute Gesundheitspolitik aber dadurch auszeichnet, dass sie insbesondere präventiv wirksam ist. Wir erwarten von der Politik nicht mehr und nicht weniger, als dass Prävention tatsächlich stattfindet im Sinne von Gesetzen, die bestimmtes Tun verbieten und unter Strafe stellen, die die Banken und das Finanzsystem regulieren und die vor allem dafür sorgt, dass man sich nicht weltweit eine Lungenentzündung holen kann, sondern wir weltweit dafür sorgen, dass wir zu einem vernünftigen System kommen, in dem solche Auswüchse des Brutalkapitalismus ein für allemal ausgeschlossen sind. Das ist das, was wir erreichen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich will hinzufügen: Es war ja möglich, in welcher Form auch immer, jetzt binnen einer Woche 500 Milliarden € allein in Deutschland zu aktivieren. Alle Achtung, 500 Milliarden €. Wenn wir aber gesagt haben, wir wollten 30 Millionen € für neue Kindertagesstätten oder wir wollten zwei Milliarden €, um die Bahnprivatisierung zu verhindern, dann hat man uns gesagt, das gehe nicht, dieses Geld stehe nicht zur Verfügung. Wir dürften auch gar keine neuen Schulden machen, weil wir uns dann an der Zukunft unserer Kinder versündigen würden.

Dazu sage ich nur, nicht weil man Gleiches mit Gleichem vergelten sollte, aber es ist so: Der Staat hat bewiesen, wenn er will, kann er auch. Und ich sage weiter, er muss auch wollen, zum Beispiel jetzt bei der Stabilisierung von Wirtschaft und Beschäftigung. Ein Konjunkturprogramm von 25 Milliarden € oder mehr finanziert sich aus sich selbst heraus, zum größten Teil jedenfalls, weil es dafür sorgt, dass wir nicht wirtschaftlich einbrechen, sondern dass wir weiter geradeaus fahren. Ich erwarte von denjenigen, die jetzt Geld in die Hand genommen haben, um Banken zu retten, dass Sie auch Geld in die Hand nehmen, um Arbeitsplätze und das Wirtschaftssystem insgesamt zu stabilisieren, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Dass wir darüber hinaus auch Maßnahmen zur persönlichen Haftung von Managern fordern, versteht sich von selbst. Ich habe das eben schon gesagt, will es aber der Vollständigkeit auch hier noch einmal sagen.

Als letzten Punkt will ich eines nennen, was meines Erachtens unbedingt notwendig ist. Ich weiß nicht, wer schon so alt ist wie ich, sodass er sich noch daran erinnern kann, dass es früher die „Tagesschau“ ohne Börsenkurse gab. Ich wollte das nur als ein kleines Aperçu benutzen, um deutlich zu machen, wie in den letzten Jahren, ja Jahrzehnten das Denken auch in unserem Land verquirlt wurde. Da gab es Politiker, die gesagt haben, ja, wenn wir das nicht machen, dann kommen die Franzosen und machen es. Dann haben die Franzosen gesagt, wenn wir es nicht machen, dann machen es die Briten. Die Briten haben dann dafür gesorgt, dass sie die industrielle Wirtschaft fast auf Null herunterfahren und nur noch mit der Blasenökonomie leben. Daraus machten zwei Spitzenpolitiker 1999 wunderschöne Papiere. Darin wurde der Kapitalismus als modern geadelt, je größere Renditen er forderte.

Ich selbst bin Aufsichtsrat in zwei Unternehmen. Ich habe dort erlebt, wie mir Vorstände gesagt haben: Wissen Sie, Herr Sommer, 10 % reicht nicht, 12 % reicht nicht, 50 % sind das Minimum. Dann las ich in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ ein Interview mit Henning Kagermann, Chef von SAP. Der sagte: 38 % Rendite brauche ich, sonst schluckt mich Oracle. Das war und ist die Denke. An dieser Denke waren viele beteiligt, und eben nicht nur die Banker. Daran waren viele beteiligt: Medienschaffende, Politiker, sogenannte Wirtschaftswissenschaftler, Funktionseliten aller möglichen Art.

Ich sage, Kolleginnen und Kollegen, wir sollten alles daran setzen, aus der Krise etwas zu lernen: indem wir dieses, was wir jetzt erlebt haben und was Menschen in ihrer Existenz bedroht, wirklich auch politisch-moralisch aufarbeiten. Ich verspreche euch: Die Gewerkschaften werden ihren Teil dazu beitragen. Wir werden dafür sorgen, dass diese politisch-moralische Aufarbeitung in diesem Land tatsächlich erfolgt. Sie ist notwendig, wenn wir das System der sozialen Marktwirtschaft wirklich zukunftsfest machen wollen. Wenn wir diese politisch-moralische Aufarbeitung nicht leisten, dann werden sehr viele Menschen sagen: Guck mal, das geht doch weiter so, und ich wende mich ab. – Wir wollen nicht, dass Menschen sich abwenden. Wir wollen, dass Menschen sich zur Demokratie bekennen. Dazu gehört auch, dass diese Demokratie und diese demokratische Gesellschaft in der Lage sind, eine solche Krise politisch-moralisch aufzuarbeiten. Dafür stehen auch die deutschen Gewerkschaften, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

So, genug getrommelt. Es ist 18.30 Uhr. Ich wünsche euren Beratungen einen erfolgreichen Verlauf. Habt einen guten Kongress, Kolleginnen und Kollegen.